



**HOMOPHOBIE UND SCHWULENFEINDLICHE
GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM:**

**WIE KOMMT LICHT INS DUNKELFELD –
KÖNNEN SCHWULE VOR ÜBERGRIFFEN
BESSER GESCHÜTZT WERDEN?**

**MANEO 3
WERKSTATT**

16./17. MAI 2008 | BERLIN



16. / 17. MAI 2008 | BERLIN

**Abschlußbericht der MANEO-Werkstatt 3,
von Bastian Finke, MANEO-Projektleiter.**

INHALT

Einleitung	S. 1
Zusammenfassender Bericht	S. 2
MANEO-Impuls-Katalog	S. 10
MANEO-ASG-Kriterien	S. 14
Grußworte	S. 19

IMPRESSUM

MANEO

Das schwule Anti-Gewalt-Projekt Berlin
c/o Mann-O-Meter e.V.

Bülowstraße 106
10783 Berlin - Germany

Tel 0049 (0) 30 21753213 (*Büro*)

Fax 0049 (0) 30 23638142

MANEO@MANEO.de

www.MANEO.de

Bankverbindung:

Mann-O-Meter e.V.

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 100 205 00

Konto 312 60 00

Layout / Satz:

freikind Kommunikationsdesign

www.freikind.com

EINLEITUNG

Seit 2006 haben sich die Vertreter der einflussreichsten homosexuellen Anti-Gewalt-Organisationen in Deutschland, Frankreich und Polen – die sind: MANEO (Deutschland), SOS-Homophobie (Frankreich) und Lambda-Warschau und KPH Kampania Przewic Homofobie (Polen) – auf drei europäischen Fachkonferenzen getroffen und beschlossen, ihre Anstrengungen bei der Überwindung und Bekämpfung von Homosexuellenfeindlichkeit und Hassgewalt in ihren jeweiligen Ländern zu intensivieren, sich darüber stärker auszutauschen und ihre Zusammenarbeit zu verstärken und öffentlich zu machen.

Homophobie und Hassgewalt kann in einem zusammenwachsenden Europa nicht mehr länger als ein nationales Problem angesehen und bekämpft werden. Gerade die gemeinsamen Bemühungen von den Organisationen in Deutschland, Frankreich und Polen, so die Überzeugung der Initiatoren, der Initiativgruppe „Schwules Weimarer Dreieck“, können dabei eine treibende Kraft sein, die bislang eher regional neben einander her laufenden Bemühungen im Kampf gegen Homophobie und Hassgewalt in ganz Europa zu verbessern. Als Gemeinsamkeiten stellen sie fest, dass die Organisationen Opferhilfeleistung leisten, homophobe Gewalttaten erfassen und in der Gewaltprävention tätig sind.

Dank der Initiative und finanzieller Unterstützung durch MANEO konnten sich die Vertreter von MANEO (Deutschland), SOS-Homophobie (Frankreich) und Lambda-Warschau und KPH Kampania Przewic Homofobie (Polen) auf drei Fachkonferenzen, der MANEO-Werkstatt, im Mai 2006, 2007 und 2008 in Berlin treffen und ihre Arbeitsergebnisse, ihre Ziele und zukünftige gemeinsame Projektvorhaben diskutieren.

Die Vertreter der Organisationen unterzeichneten 2006 eine gemeinsame Erklärung, die „**Tolerancja-Erklärung**“, und verständigten sich auf folgende gemeinsame **Zielvorhaben**:

1. Regelmäßige Fachtreffen der Vertreter der Organisationen, um Arbeitserfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projektvorhaben zu planen und umzusetzen.
2. Die Erfassungsarbeit homophober Gewalttaten soll in den jeweiligen Ländern verbessert werden. Entsprechend sollen die Meldestellen für Opfer von homophober Gewalt in den Ländern ausgebaut werden. Außerdem sollen die Erfassungsstandards abgesprochen und die Thematik der Öffentlichkeit bewusster gemacht werden. Damit einher geht das Ziel, gemeinsame Kriterien zu erarbeiten, mit denen homophobe Gewalttaten als solche besser identifiziert werden können.
3. Gemeinsame Umfragen in den Ländern sollen zusätzlich dazu beitragen, das Ausmaß homophober Gewalt in den jeweiligen Ländern besser festzustellen.
4. In den jeweiligen Ländern soll der „Internationale Tag gegen Homophobie“ (17. Mai) mit Aktionen und Veranstaltungen beworben werden. Anlässlich dieses Tages wollen die Organisationen jährlich ihre Jahresberichte veröffentlichen und Vertretern der Europäischen Union übergeben.
5. Es wird ein gemeinsamer europäischer Preis geschaffen, der „Tolerantia-Preis“, mit dem jährlich anlässlich des „Internationalen Tag gegen Homophobie“ Personen, Gruppe oder Organisationen in den jeweiligen Ländern in ihren Bemühungen um mehr Toleranz, Akzeptanz und Gleichberechtigung von Homosexuellen sowie in ihrem Engagement gegen Homophobie und Hassgewalt ausgezeichnet werden.

Im Mai 2008 beschlossen die Vertreter der Organisationen aus Deutschland, Frankreich und Polen in Berlin neben dieser Initiative, ein weiteres Bündnis mit Vertretern der spanischen schwullesbischen Organisationen TRIANGULO und COGAM zu begründen, dem „**Berliner Bündnis gegen Homophobie und Hassgewalt**“.

Bastian Finke
 Dipl. Soziologe, MANEO-Projektleiter,
 Leiter der MANEO-Werkstatt 3

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT ZUR MANEO-WERKSTATT 3

HOMOPHOBIE UND SCHWULENFEINDLICHE GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM: WIE KOMMT LICHT INS DUNKELFELD – KÖNNEN SCHWULE VOR ÜBERGRIFFEN BESSER GESCHÜTZT WERDEN?

- 16. und 17. Mai 2008 in Berlin
- Kampf gegen Homophobie und Hassgewalt auf europäische Agenda setzen.
- Wegweisender Impulskatalog wurde erarbeitet.

MANEO will mit regelmäßigen Konferenzen zum Schwerpunktthema „Schwulenfeindliche Gewalt“ die Kommunikation und den Austausch von Arbeitsergebnissen und Erfahrungen zwischen Experten schwuler Anti-Gewalt-Projekte, Polizeien und Wissenschaft verbessern und die Arbeit im Kampf gegen vorurteilsmotivierte Hassgewalt im Allgemeinen sowie die Entwicklung geeigneter Opferhilfe- und Präventionskonzepte im Besonderen befördern. Aufgrund der bisherigen finanziellen Förderung der MANEO-Toleranzkampagne kann MANEO mit seinen bisher durchgeführten drei europäischen Fachkonferenzen Berlin zu einem Kompetenzort für Grundlagenarbeiten zum Thema Homophobie und Hassgewalt innerhalb Deutschlands ausweisen. Die Werkstatt dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch über Deutschland hinaus und optimiert den Erfahrungsgewinn für die teilnehmenden Einrichtungen und Organisationen, vor allem auch für MANEO.

THEMA

Anknüpfend an den großen Erfolg der MANEO-Werkstatt 1 und 2 haben wir am 16. und 17. Mai 2008 unsere begonnenen Diskussionen zum Thema „**Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum**“ unter der Überschrift „**Wie kommt Licht ins Dunkelfeld – Können Schwule vor Übergriffe besser geschützt werden?**“ mit der MANEO-Werkstatt 3 fortgesetzt. In insgesamt sieben Workshops wurden Vorschläge und Impulse entwickelt, wie diesem Problem beizukommen sei und wie geeignetere Maßnahmen entwickelt werden können. Mit der ersten großen MANEO-Umfrage, an der 2006/2007 bundesweit 24.000 Schwule und Bisexuelle Jugendliche und Erwachsene teilgenommen hatten, haben gut 35% der Befragten erklärt, in den letzten 12 Monaten Gewalt erlebt zu haben.



MANEO-Motiv zum Internationalen Tag gegen Homophobie.

„Beleidigungen“ stehen mit 65% an erster Stelle. 90% aller gemeldeten Gewalttaten waren der Polizei nicht gemeldet worden. Unter den nicht gemeldeten Fällen waren in der Kategorie ‚Belästigung und Beleidigung‘ 97%, unter ‚leichter Körperverletzung‘ 56%, unter ‚schwerer Körperverletzung‘ 31% und unter ‚Raubstraftaten‘ 42%. Die wissenschaftlich begleitete Umfrage wurde mittlerweile als MANEO-UMFRAGE 2 wiederholt. Die Ergebnisse wurden auf der MANEO-Werkstatt 3 der Öffentlichkeit präsentiert. Erneut nahmen an der zweiten Umfrage 17.000 Personen teil. Diesmal berichteten etwa 40% der Betroffenen von Gewalterfahrungen. Die bislang einzigartigen Studien belegen nicht nur bisherige Schätzungen hinsichtlich des hohen Dunkelfeldes nicht angezeigter, vorurteilsmotivierter Gewalttaten gegen Schwule, sondern weist erstmals auch auf die Dimension der Viktimisierung homosexueller Männer hin. Die Folgen belasten nicht nur unser Gesundheits- und Sozialsystem sowie die Polizei und Justiz, sondern auch das soziale Klima in unserer Gesellschaft. Für Betroffene bleibt oft der Eindruck, dass die in unserer demokratischen Gesellschaft erkämpften Rechte für sie nicht wirklich gelten, Homosexuelle nicht wirklich geschützt werden,



Plakate und Anzeigen bewerben die MANEO – Umfrage 2.

sie an den gegen sie verübten Gewalttaten eine Mitschuld tragen sollen, ihnen nicht geholfen wird, sie sich mit ihren eigenen „Räumen“ zufrieden geben sollen („Ihr habt doch eure Parties“). Das Bundeskriminalamt muss sich aufgrund eines Beschlusses der Bundesregierung von 2001 zur Neuordnung des kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Staatsschutz“ auch mit der Erfassung schwulenfeindlicher Gewalt als politisch motivierte Gewalt beschäftigen und entsprechende Zahlen aus den Ländern zusammentragen und auswerten. Dies gelingt jedoch kaum. Erst recht lässt der gleichzeitig bundespolitisch angekündigte „zielgerichtete(n) Einsatz repressiver und präventiver Bekämpfungsmaßnahmen“ noch immer auf sich warten. Dies hängt offensichtlich damit zusammen, dass schwulenfeindliche Gewalt als vorurteils motivierte Hassgewalt weiterhin bagatellisiert und entsprechend nicht bewertet wird. Um Gewalt zum Nachteil schwuler und bisexueller Männer aus dem Dunkelfeld herauszuholen und effektiv Einhalt zu gebieten, kommt der Zusammenarbeit zwischen schwulen Anti-Gewalt-Projekten und der Polizei eine große Bedeutung zu. Ziel der Zusammenarbeit wäre es, die Bedrohungssituation für schwule Männer erkennbarer zu machen und ernster zu

nehmen, das Vertrauen in die polizeiliche Arbeit zu verbessern (mehr Betroffenen dabei helfen, den Weg zur Polizei zu finden), polizeiliche Interventionen zum Schutz von Homosexuellen optimieren und qualitativ angemessene Unterstützungsangebote für schwule Gewaltopfer zu entwickeln.

RAHMENBEDINGUNGEN

Dank der finanziellen Förderung durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB), die für drei Jahre (2006-2009) eine „MANEO-Toleranzkampagne“ finanziert, konnte MANEO in diesem Zeitraum auch drei Fachkonferenzen veranstalten.

Wie die Jahre zuvor fand auch 2008 die MANEO-Werkstatt 3 Dank der Übernahme der Schirmherrschaft durch den Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg Ekkehard Band in dem historischen Rathaus Schöneberg statt.

Unterstützung erhielt die Konferenz insbesondere von Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, unter dessen Schirmherrschaft die MANEO-Aktionstage anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie am 17. Mai standen, Innensenator Dr. Ehrhart Körting und Polizeipräsident Dieter Glietsch. Zahlreiche Grußworte unterstrichen die weitere politische Unterstützung aus Berlin, Brandenburg und der Bundesregierung. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries würdigte die Konferenz in ihren Grußworten als wegweisend (siehe Anlage: Grußworte). Module der Veranstaltung waren Vorträge, Workshops, Vorstellung der Ergebnisse und Aussprache im Plenum und eine Podiumsdiskussion.

Zur MANEO-Werkstatt 3 luden wir erneut Vertreter schwuler Anti-Gewalt-Projekte und Überfalltelefone aus Deutschland, unserer Partnerorganisationen aus Frankreich und Polen und weiterer Organisationen aus Europa und Israel ein, außerdem Vertreter von Polizeibehörden, Verwaltung und Wissenschaft.

Um Diskussionen zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu verbessern, galt in diesem Jahr als Tagungssprache Deutsch und Englisch. Im großen Plenum wurden alle gesprochenen Beiträge auf Deutsch und Englisch simultan übersetzt. In den Workshops standen Übersetzungshilfen für die konsekutive Übersetzung zur Verfügung.



© Foto MANEO: Der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit und MANEO-Projektleiter Bastian Finke

Zur Vorbereitung und Durchführung der Fachtagung berief MANEO-Projektleiter Bastian Finke eine Steuerungsgruppe, die sich aus Honorarmitarbeitern und ehrenamtlichen Mitarbeitern zusammensetzte. Hierzu zählten in Berlin lebende Polen, Franzosen und Spanier. Insgesamt wirkten an der Organisation etwa 15 Personen mit. Regelmäßige Kontakte und Absprachen mit unseren Partnerorganisationen in Paris, Warschau und Madrid förderten die Vorbereitungen.

FACHTAGUNG

Am 16. und 17. Mai 2008 begrüßte das Berliner Anti-Gewalt-Projekt MANEO erneut über einhundertfünfzig Tagungsgäste zu seiner dritten europäischen Konferenz. Offiziell entsandte Vertreter von Polizeien, Regierungsbehörden und Organisationen aus Frankreich, Polen, Spanien, den Niederlanden, Belgien, Irland und Israel sowie zahlreichen deutschen Bundesländern nutzten die MANEO-Werkstatt 3 abermals als konstruktives Forum zum Erfahrungsaustausch und zur Stärkung des Netzwerkes.

Bastian Finke, Soziologe, MANEO-Projektleiter und Leiter der MANEO-Werkstatt 3 skizzierte in seinem Einleitungsreferat noch einmal die Ziele und Anliegen der Konferenz. Er bedankte sich bei den vielen Helfern und politischen Unterstützern, auch Vertreter der Botschaften der Republik Irland und der Königlich Niederländischen Botschaft, die den interdisziplinären Dialog ausdrücklich begrüßten. Dank der großzügigen Unterstützung durch die niederländische Botschaft war es Vertretern aus den Niederlanden möglich, an der Konferenz teilzunehmen. Vertreter aus vielen weiteren europäi-

schen Ländern bedauerten aufgrund terminlicher, vor allem aber aus finanziellen Gründen, nicht an der Konferenz teilnehmen zu können. Um so dringlicher das Ziel, diese Konferenzen finanziell abzusichern. „Die Globalisierung und der europäische Einigungsprozess zwingen uns, die Herausforderungen grenzüberschreitend anzugehen“, erklärte MANEO-Projektleiter Bastian Finke.

Anschließend referierten Dr. Bodo Lippl, Soziologe, Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität zu Berlin, und Lola Martín Romero, Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei COGAM, Madrid, Ergebnisse jüngster Untersuchungen zu homophober Gewalt in Deutschland und Spanien.



© Foto MANEO: Die MANEO-Werkstatt 3 fand im historischen Rathaus Schöneberg von Berlin statt.

Dr. Bodo Lippl stellte für die MANEO-Studiengruppe die ersten Auswertungsergebnisse der MANEO-Umfrage 2 vor, die vom 01.12.07 bis zum 31.01.08 in Deutschland stattfand. An dieser Wiederholungsumfrage hatten sich etwa 17.500 schwule und bisexuelle Jugendliche und erwachsene Männer beteiligt (an der ersten Umfrage hatten 24.000 Personen teilgenommen). Die hohe Teilnehmerzahl der zweiten Umfrage spricht erneut für die große Bedeutung des Themas innerhalb der schwulen Szenen. Im Schnitt bestätigten die Zahlen die Ergebnisse der Vorjahresumfrage. So berichteten denn auch 40,6 Prozent der Befragten von einem Vorfall innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate – ein Jahr zuvor waren es noch 35,5 Prozent. Vorurteilsmotivierte Gewalt gegenüber Schwulen ist demnach erschreckend weit verbreitet. Damit nicht genug: Nur etwa 10% der Fälle wurden bei der Polizei angezeigt. Das Vertrauen in die Polizei ist mehr als dürftig; 60,8 Prozent aller Befragten gaben an, sie hätten kein

Vertrauen in die Polizei, dass diese die Sicherheitsbelange von Schwulen berücksichtigt. Immerhin 37,5 Prozent derer, die einen konkreten Vorfall zu berichten hatten, fühlten sich denn auch nicht ernst genommen in ihrem Anliegen. Die Ergebnisse der zweiten Umfrage sollen im Herbst 2008 schriftlich als Bericht vorliegen.

Bezweifelten in der Vergangenheit Polizeien und Verwaltungen mit Verweis auf mangelnde verlässliche Statistiken noch die Notwendigkeit verstärkter Bemühungen bei der Prävention von antischwuler Gewalt, schaffen die Ergebnisse der bundesweit ersten und zweiten MANEO-Umfrage nunmehr Tatsachen mit Aufforderungscharakter an die Politik.

Lola Martín Romero konnte sich bei ihrer erstmals zwischen dem 15.04. und 07.06.08 in Spanien durchgeführten Umfrage zu homophober Gewalt gegen Schwule und Lesbe auf die Zusammenarbeit mit MANEO stützen. Der von MANEO entwickelte Fragebogen war von COGAM für das lesbische Publikum erweitert worden. In Berlin war auch der Fragebogen programmiert und die entsprechende Software dem spanischen Publikum zur Verfügung gestellt worden. An der ersten Umfrage, die nur drei Wochen dauerte, hatten 566 Personen teilgenommen, davon 67% Schwule und männliche Bisexuelle, 32% Lesben und weibliche bisexuelle und 1% Transsexuelle. 73% der Befragten berichteten von homophoben Angriffen in den letzten Jahren. 41% der Fälle ereigneten sich im Jahr 2007 und immerhin 18% in den zurückliegenden vier Monaten bzw. den ersten vier Monaten des Jahres 2008. Nur 11% der Fälle wurden angezeigt. 54% der Personen, die eine Anzeige bei der Polizei erstatteten, gaben an, dass sie nicht den Eindruck hatten, von der Polizei in ihrem Anliegen ernst genommen zu werden. Die Ergebnisse sollen Ende des Jahres in einem schriftlichen Bericht auf Spanisch vorliegen.

WORKSHOPS

Anschließend diskutierten die Teilnehmer in sieben Workshops folgende inhaltliche Themen:

1. Welche Aufgaben stellen sich einem Ansprechpartner der Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen? Ein internationaler Vergleich. Impulse: POM Maik Exner-Lamnek (Polizei Schwerin, VelsPol), Steve Bouali (Polizei Paris,

FLAG), Vincent Creelan (Polizist Belfast a.D., Vorstand im Rainbow-Project Belfast).

2. Welche Aufgaben und Anforderungen stellen sich der Polizeiaus- und Fortbildung im Zusammenhang mit vorurteilsmotivierter homophober Gewalt? Impuls: KHK Tom Ulmer (Polizei Stuttgart, VelsPol), Victor Argelaguet (Polizei Sitges/Barcelona), Alina Stepinska (Polizei Warschau, Abt. Ausbildung).
3. Soll die Polizei homophobe, schwulenfeindliche Gewalt erfassen? Kriterien für die Erfassung schwulenfeindlicher Gewalt. Probleme bei der Datenspeicherung von Kommunikationsdaten? Impuls: Thomas Bernhard Petri (Mitarbeiter beim Berliner Beauftragten für Datenschutz), KHK Uwe Löher (Polizei Berlin, Ansprechpartner für Lesben und Schwule), PHK Horst Reulecke (Polizei Köln, Abt. Fortbildung), Luc Ferrand (HALDE, Frankreich).
4. Wer sorgt sich um die Opfer schwulenfeindlicher Gewalt – auch in ländlichen Regionen verfahren? Brauchen wir mehr Polizeischutz? Impuls: Carsten Bock (Katte e.V., Brandenburg), KHK Horst Heinemann (Polizei Frankfurt a.M., Ansprechpartner für Lesben und Schwule), Raúl Garcia (COGAM, Madrid).
5. Ziele und Perspektiven für gemeinsame europaweite Umfragen zu schwulenfeindlicher Gewalt. Wie können diese aussehen? Impuls: Dr. Bodo Lippl (HU-Berlin), Lola Martín Romero (Soziologin, Madrid).
6. Gewalt in der Familie: Schüler und Jugendliche als Opfer homophober Gewalt. Wie intervenieren? Impuls: Adir Steiner (Stadtverwaltung Tel Aviv), Beate Köhler (Polizei Berlin, Opferschutz), Manuel Rodenas (COGAM, Madrid).
7. Zweierlei Maß? Findet in Gerichtsurteilen die Verwerflichkeit homophober Gewalt als vorurteilsmotivierte Gewalt angemessene Berücksichtigung? Impuls: Thilo Seelbach (Rechtsanwalt, Berlin), Dirk Siegfried (Rechtsanwalt, Berlin).

Im Ergebnis resultierte aus den mehrstündigen Intensiv-Workshops ein umfangreicher Impulskatalog (siehe Anlage: „MANEO Impuls-Katalog“).

PODIUMSDISKUSSION

Die Ergebnisse wurden mit einer Podiumsdiskussion am Samstag, 17.05.2008, vertieft und weiter konkretisiert. An dieser nahmen teil: Luc Ferrand, Richter und Leiter der französischen Antidiskriminierungsstelle in Frankreich, Adir Steiner, Stadtverwaltung Tel Aviv, Vincent Creelan, Leiter des Rainbow Project Belfast, Manuel Rodenas, COGAM Madrid, Bart Palik, Lambda Warszawa, und Bastian Finke, MANEO-Projektleiter. Moderation: Martin Reichert, Journalist.



© Foto MANEO: Podiumsdiskussion (v.l.n.r.): Vincent Creelan, Adir Steiner, Martin Reichert, Bart Palik, Bastian Finke, Manuel Rodenas, Luc Ferrand.

Moderator Martin Reichert richtete seine erste Frage an deren französischen Leiter der Antidiskriminierungsstelle Luc Ferrand, wie es um das Dunkelfeld hinsichtlich homophober Gewalt in Frankreich bestellt sei, was eine Antidiskriminierungsstelle überhaupt leisten könne und wo die Defizite lägen. Ferrand führte ins Feld, eine der größten Herausforderungen sei die Daten- bzw. Beweissammlung, um Gewalttaten gegen Homosexuelle belegen zu können; dies würde sich immer wieder als schwierig herausstellen. Ein vor fünf Jahren in Frankreich erlassenes Gesetz würde Homosexuelle besonders schützen; es betreffe einen besonderen Bereich des Strafrechts, wenn Homosexuelle aufgrund ihrer sexuellen Orientierung angegriffen würden. Die Effizienz solcher Verfahren müsse einerseits verstärkt werden, andererseits gelte es aber die Privatsphäre der Opfer zu bewahren. Die Verwaltung versuche nun, durch den Einsatz spezieller Software personenbezogene Daten zu sammeln – was an die dunkelsten Zeiten in Europa erinnern würde, so Ferrand weiter. Dieses Experiment sei kürzlich ge-

stoppt worden. Nun müssten neue Konzepte her, die die schwierige Aufgabe meistern würden, „Effizienz und Freiheit unter einen Hut zu bringen“. Die große Frage sei, ob Schwule stärker geschützt oder ob sie ebenso behandelt werden müssten wie alle anderen auch.

Reichert erinnerte an die besondere Opfersituation von Opfern homophober Gewalt. Gefragt, ob dies in Israel eine Kategorie wäre, sagte Adir Steiner, das größte Problem läge in dem fehlenden Vertrauen der Schwulen in die Polizei in Bezug auf Anzeige schwulenfeindlicher Übergriffe. Zwar gäbe es ehrenamtliche Mitarbeiter in einigen Dienststellen, jedoch nicht flächendeckend, sondern nur vereinzelt in den großen Städten. Dort Gesprächspartner vorzufinden sei für Opfer schwulenfeindlicher Übergriffe hilfreich. Damit sei allerdings noch nicht das grundlegende Problem, nämlich das mangelnde Vertrauen in die Polizei, beseitigt.

Die Frage, wie nun LGBT-Organisationen dem Problem begegnen könnten, dass homophobe Hintergründe im Dunkeln bleiben, richtete Reichert an Bastian Finke: „Was haben wir falsch gemacht?“ Finke konstatierte, man befände sich in einer Zeit des Umbruchs, wo einerseits der politische Wille nachdrücklich bekundet wird, Homosexuelle gleichzustellen und Diskriminierung und Gewalt zu bekämpfen, andererseits die Verwaltungen in Deutschland viel zu schwerfällig an die Umsetzung dieser Ziele gingen. Die Botschaft habe die Bevölkerung noch nicht in voller Breite erreicht. Erforderlich sei neben einer Intensivierung von Aufklärungsarbeit auch mehr Bereitschaft zu erforderlichen Interventionen – um Gewalt sofort zu stoppen, um Opfern sofort zu helfen. Manuel Rodenas berichtete, es sei in Spanien schwierig gegen homophobe Gewalt vorzugehen, da es kein entsprechendes Gesetz gäbe. Diejenigen Opfer homophober Gewalt, die bei der Polizei Anzeige erstatten, würden dann nicht selten eine doppelte Erniedrigung erleben, da die Ahndung der Taten nicht ihren Erwartungen entspräche. Priorität müsse haben, der Gesellschaft zu vermitteln, dass Homophobie ein ernstzunehmendes Problem darstellen würde, das es zu bekämpfen gelte. Neben verschärfter Gesetzgebung wären Aufklärung und Bildung – nicht zuletzt bereits auf den Schulhöfen – ein Werkzeug; hier seien massive Investitionen seitens der Regierung nötig.

Ausgehend von der Frage, ob härtere Strafgesetzgebung einerseits oder mehr Präventionsarbeit andererseits der Königsweg seien, erklärt Luc Ferrand: „Man muss auf beiden Füßen laufen.“ So berichtete auch Vincent Creelan, dass LGBT-Organisationen in Nordirland sehr stark auf Partnerschaften und Zusammenarbeit setzen würden – First MANEO campaign in 2006 advertising International Day against Homophobia Zusammenarbeit mit den Schulen und Gesundheitsbehörden wie auch mit der Kirche und der Polizei. Straftaten mit homophobem Hintergrund würden nicht gesondert geahndet, jedoch habe der Richter die Möglichkeit, in solchen Fällen eine höhere Strafe zu verhängen. Eine „heiße Kartoffel“ sei aber gleichsam die Frage, wie mit jugendlichen Tätern umzugehen sei. Unstrittig sei, dass die Schule als „geschützter Raum“ fungieren müsse. Hierzu bedürfe es aber auch eines Lehrpersonals, das eine Null-Toleranz-Politik verträte – gegenüber jeglicher Form der Beleidigung und Gewalt. Moderator Reichert stellte fest, es habe den Anschein, dass die Tendenz, Homophobie als integralen Bestandteil der Pubertät zu bagatellisieren, verbreitet sei.

Bart Palik berichtete aus Warschauer Perspektive, dass der Großteil des öffentlichen Lebens heteronormativ sei; für offen Schwule, die Hilfe suchen – zum Beispiel im Falle eines Übergriffs bei der Polizei –, gäbe es keinen Raum. Im Vergleich zu den vertretenen europäischen Ländern, stellte Palik heraus, habe Polen zudem erheblichen Nachholbedarf in Sachen Antidiskriminierung; die vordringlichen Fragen in Polen wären derzeit jene nach einer gesetzlichen Verankerung des Verbots der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung: „Wir kämpfen heute an Fronten, an denen ihr vor 20 Jahren gekämpft habt.“

Neben der Gewalt im öffentlichen Raum, so Reichert, gäbe es jedoch auch den Bereich der Häuslichen zu thematisieren. Die „Familie als Brutstätte“ sei quasi nicht erreichbar.

Wie Intervention aussehen könnte, beschrieb Vincent Creelan, indem er die Polizei als wesentlichen Partner benannte. Außerdem: Mit dem Instrument der Mediation – hier sei sogar eine Einbeziehung der Eltern möglich – ließe sich viel erreichen. Eine unmissverständliche Botschaft seitens der Polizei, wonach homophobe Gewalt nicht toleriert wür-

de, sei allerdings mindestens ebenso wichtig. Luc Ferrand pflichtete bei: „Wenn Jugendliche homophob sind, sind es die Eltern wahrscheinlich auch.“ Gleichsam sei ein Rückwärtstransfer festgestellt worden: Jugendliche, die in der Schule über Diskriminierung aufgeklärt worden seien, würden das Gelernte zuhause an die Eltern weitergeben.



MANEO-Aktion, mit der 2006 der Internationale Tag gegen Homophobie beworben wurde

Voraussetzung für Präventionsarbeit müsse sein, zu verhindern, dass es weitere, neue Opfer gibt, so Finke. Hier drohe ein Teufelskreis sich immer neu zu entwickeln: In öffentlichen Debatten würde Prävention so betrachtet, als habe sie nur beim Täter anzusetzen – als würde Prävention also erst dann praktiziert werden müssen, wenn „das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“. Dies sei falsch. Vielmehr müssten die Probleme, die sich aus der Viktimisierung ergäben, angegangen werden; nötig sei eine stärkere „Solidarisierung mit den Opfern“.

Vincent Creelan hob an dieser Stelle hervor, dass eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Polizei und lokalen Projekten wie MANEO in die-

sem Punkt von großem Vorteil sein könne – nicht zuletzt, weil eine nachhaltige Präventionsarbeit auch Kosten sparen würde: „Der kluge Weg ist die Zusammenarbeit.“ So hätten beispielsweise die Übergriffe in der nordirischen Stadt Derry, die lange Zeit als homophobste Stadt in Groß Britannien gegolten habe, um 56 Prozent verringert werden können. Andernorts, wo keine Zusammenarbeit stattgefunden hätte, sei hingegen ein deutlicher Anstieg festgestellt worden. Strategische Partnerschaften, so Creelans Fazit, würden letztlich auch der Polizei die Arbeit erleichtern – „angesichts knapper Kassen ein schlagendes Argument.“



Nach der MANEO-Konferenz: Öffentliche Kiss-In-Aktion in Berlin. Mit dieser Aktion wird der Internationale Tag gegen Homophobie unterstützt.

Argumente für eine stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit homophober Gewalt gäbe es zuhauf, so Reichert. Dennoch handele es sich um ein marginalisiertes Thema, das nicht so recht ins

öffentliche Bewusstsein dringen möge – und dies, obwohl die „schwule Emanzipation“ durchaus Fortschritte gemacht hätte. Adir Seteiner stimmte zu, dass Schwule in den letzten Jahrzehnten an Sichtbarkeit und auch Rechten gewonnen hätten. Die Kehrseite der Medaille sei jedoch: Durch die vermehrte Sichtbarkeit würde Homophobie gewissermaßen ans Tageslicht geholt. Aus Spanien wusste Manuel Rodenas zu berichten, dass seit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im Jahr 2005 die Zahl schwulenfeindlicher Übergriffe angestiegen ist. Das erstarkte Selbstbewusstsein der Homosexuellen führe jedoch auch dazu, dass – als Reaktion auf Übergriffe und die gefühlte Untätigkeit der Polizei – Selbstverteidigung und sogar -bewaffnung in Betracht gezogen würden, so Bastian Finke; „noch nie hatten wir so viele Anfragen wie im vergangenen Jahr.“ Diese neue Entwicklung würde man bei MANEO mit Sorge betrachten.

Zu der Betrachtung der Täter und Tätergruppen zurückkehrend, skizzierte Reichert, ausgehend von der Unterscheidbarkeit der Milieus, die Verquickung von Religion und familiärer Tradition. Müsse man sich also auf die „Logik der Tätergruppen“ einlassen, und wenn ja, wie könnte man adäquat reagieren? Adir Steiner merkte an, dass er in der Suche nach Antworten für die verschiedenen religiösen Gruppen Schwierigkeiten sehe. Das Bestreben der Jugendarbeit gehe deshalb dahin, den Jugendlichen ein geschütztes Umfeld – außerhalb ihrer familiären Strukturen – anzubieten, in dem man mit ihnen reden könne, in dem sie zur Ruhe kommen könnten. Insbesondere bei religiösen Arabern sei eine Rückkehr nicht selten mit der Furcht ums eigene Leben verbunden. Das Vorhandensein von Vorbildern sei für Jugendliche von zentraler Bedeutung; so hätten TV-Shows und -Filme, in denen schwule und/oder lesbische Protagonisten eine tragende Rolle spielten, zu einer deutlich toleranteren Atmosphäre beigetragen. Vincent Creelan ergänzte, dass auch im „realen Leben“ Vorbilder benötigt würden, und zwar aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: vom offenen schwulen Sportler bis hin zum offenen schwulen Polizisten – gelebte Normalität also.

SPONTANER BESUCH VON BERLINS INNENSENATOR DR. KÖRTING

Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting stattete der dritten MANEO-Werkstatt einen spontanen Überraschungsbesuch ab. In einer kurzen Ansprache betonte er, es sei ihm ein „persönliches Anliegen“, dass der interdisziplinäre Dialog zu Homophobie und Hassgewalt weiter befördert würde.



© Foto MANEO: Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting spricht auf der MANEO-Werkstatt 3

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will ihre Konferenz nicht stören, ich will mir auch nicht anmaßen jetzt so zu tun, als ob ich hier stundenlang zuhöre – ich bin gekommen, weil ich die Arbeit für wichtig halte, die Sie machen. Ich halte die Arbeit von MANEO hier in Berlin für wichtig. Ich halte es für wichtig, dass wir das, was in unserer Verfassung steht, nämlich dass wir diskriminierungsfrei leben wollen, wie auch immer jeder sein Leben einrich-

tet, dass wir das mit Leben erfüllen. Und ich weiß, dass das in einigen Bereichen noch schwierig ist. Auch in Berlin gibt es noch Schwierigkeiten. Wir haben auch in Berlin Übergriffe gegen Menschen, die ihr Leben anders gestalten, als es andere gestalten wollen. Das können wir nicht tolerieren und das wollen wir nicht tolerieren. Dagegen wollen wir gemeinsam Strategien entwickeln; MANEO ist einer dieser Partner. Dies zum Ausdruck zu bringen war mir wichtig. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.“

Im Publikum sitzend verfolgte er den weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion.

AUSBLICK

Die Förderung der „MANEO-Toleranzkampagnen“ durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) ist auf drei Jahre befristet und läuft im März 2009 aus. Aufgrund der fehlenden finanziellen Förderung ist eine Fortsetzung der Werkstätten als Forum eines europäischen Fachaustausches zum Thema „Homophobie und Hassgewalt“ nicht möglich, auch wenn seitens MANEO ein großes Interesse daran besteht, die gesetzten Impulse aufzugreifen und den Dialog sowie die Arbeit auch auf europäischer Ebene fortzusetzen.

Bedauerlicherweise gibt es auf europäischer Ebene derzeit keinen vergleichbaren Fachaustausch.

MANEO wäre sehr interessiert daran, gemeinsam mit seinen Partnern aus Frankreich, Polen, Spanien, Nordirland, Israel und den Niederlanden die begonnene Kooperation fortzusetzen. Leider fehlt eine entsprechende Förderungspolitik beispielsweise durch die Europäische Union.

„MANEO-IMPULS-KATALOG“

Arbeitsergebnisse der Workshops der MANEO-Werkstatt 3

1. ANSPRECHPARTNER BEI DER POLIZEI FÜR SCHWULE UND LESBEN

Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei den Polizeien sollen aufklärend in die Behörden hinein wirken sowie eine kompetente Zusammenarbeit mit qualifizierten Fachstellen (z.B. mit Anti-Gewalt-Projekten wie MANEO) gewährleisten. In jedem Polizeipräsidium sollen Ansprechpartner für Schwule und Ansprechpartnerinnen für Lesben eingerichtet werden.

2. POLIZEIAUS- UND FORTBILDUNG

Themenschwerpunkte zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen müssen in allen Bereichen der Polizeiausbildung berücksichtigt werden und in entsprechenden Curricula eingearbeitet und benannt werden.

3. ERFASSUNG VON HOMOPHOBEN GEWALTTATEN

Um vorurteilsmotivierte Hassgewalt gegen Homosexuelle zu identifizieren muss zu aller erst die Motivation des Täters hinterfragt werden. Die tatsächliche sexuelle Orientierung des Opfers reicht als alleiniges Kriterium nicht aus. Um die Erfassung zu verbessern bedarf es der Erarbeitung und Anwendung einer Checkliste sowie die Klärung von Verfahrensabläufen der Erfassung und Auswertung (siehe „MANEO-Kriterien“ im Anhang). Die Erfassung vorurteilsmotivierter Gewalt gegen Homosexuelle ist ein Auftrag an Polizei, Wissenschaft und Politik. Ziel der Erfassung ist die Ursachenforschung und Bekämpfung durch gewaltpräventive Maßnahmen.

4. SCHWULE UND LESBISCHE ANTI-GEWALT-PROJEKTE

Notwendig ist eine angemessene Förderung von schwulen und lesbischen Anti-Gewalt-Projekten, die Opferhilfe leisten, Gewalttaten erfassen und gewalt- und kriminalpräventive Arbeit unterstützen. Anstelle flächendeckender Quantität (ländliche Regionen/Großstädte) soll der Schwerpunkt auf Qualität mit Multiplikationswirkung gelegt werden.

5. REGELMÄSSIGE UMFragen

Studien zu homophober Gewalt unter Schwulen, Bisexuellen und Lesben sollen in regelmäßigen Abständen im eigenen Land und auch auf europäischer Ebene durchgeführt werden. Die wissenschaftlich begleitete MANEO-Umfrage, die bereits von Spanien, Frankreich und Österreich übernommen wurde, gilt als vorbildlich und soll weiter entwickelt werden.

6. SCHULE

Die Schule muss ein Schutzraum sein, der eine „Null-Tolerance“ Politik in punkto Gewalt durchsetzt. Jedem Schüler muss im Unterricht Toleranz gegenüber Homosexualität und Homosexuellen vermittelt werden.

7. STRAFVERFOLGUNG

Verfahren, die aktenkundig einen homophoben Hintergrund haben, sollen nie eingestellt werden. Im Gerichtsverfahren soll der Täter mit seiner homophoben Haltung konfrontiert werden. Es gilt, im Rahmen einer konsequenten Strafverfolgung, an der Homophobie des Täters anzusetzen. Eine Verschärfung des Strafrechts wird nicht befürwortet; bestehende Strafen sollen jedoch konsequent angewendet werden.

WORKSHOP 1

Frage:

Welche Aufgaben stellen sich einem Ansprechpartner der Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen? Ein internationaler Vergleich.

Ergebnisse:

1. Ein Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizeibehörde für Polizisten und Opfer homophober Gewalt ist notwendig, weil wir Vertrauen schaffen müssen zwischen schwulen und lesbischen Opfern von Gewalt und der Polizei und umgekehrt.
2. Interne Aufgaben eines Ansprechpartners für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sollten sein: Aufklärung innerhalb der Behörde, Aus- und Fortbildung aller Polizisten, Prävention durch Herausarbeitung der Kriminalitätsschwerpunkte, Unterstützung bei der Sachbearbeitung und Fällen homophober Gewalt, Unterstützung und Begleitung der lesbischen und schwulen Kollegen.
3. Externe Aufgaben eines Ansprechpartners für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Polizei sollten sein: Prävention durch Aufklärung und Sensibilisierung durch z.B. Vor-Ort- Arbeit (Aufsuchen der schwulen Szenen, Aufsuchen von Krankenhäusern, um das Personal dort für dieses Thema zu sensibilisieren), Medienarbeit und PR-Arbeit und die Zusammenarbeit mit Fachstellen (Anti-Gewalt-Projekte, Fachberatungsstellen), Opfern homophober Gewalt bei der Erstattung von Anzeigen helfen, Vertrauen schaffen.
4. Wir wünschen uns einen Ansprechpartner, der standardisiert arbeitet, bekannt ist und sich mit dem Thema identifizieren kann, d.h. wir wünschen uns einen Ansprechpartner für schwule Männer und eine Ansprechpartnerin für lesbische Frauen).

WORKSHOP 2

Frage:

Welche Aufgaben und Anforderungen stellen sich der Polizeiaus- und Fortbildung im Zusammenhang mit vorurteilsmotivierter homophober Gewalt?

Ergebnisse:

1. Themenschwerpunkte zu gleichgeschlechtliche Lebensweisen, d.h. zu Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern, müssen in allen Bereichen der Polizeiausbildung berücksichtigt werden, auch in entsprechenden Curricula benannt werden. Hierzu gehört beispielsweise zu thematisieren, dass Häusliche Gewalt auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungen vorkommt.
2. Schulungen müssen auch in der Polizeiführung stattfinden. Zu berücksichtigen ist dabei auch „Diversity-Management“.
3. Material, das für die polizeiliche Schulungsarbeit entwickelt und erstellt werden muss, muss vor allem Fälle aus dem Alltag der Polizei berücksichtigen.
4. Wissen über schwules und lesbisches Leben (Kultur) muss in diese Arbeit einbezogen werden, um sich allgemein auch mit alternativen Lebensstilen und Subkulturen vertraut zu machen.

WORKSHOP 3

Frage:

Soll die Polizei homophobe, schwulenfeindliche Gewalt erfassen? Kriterien für die Erfassung schwulenfeindlicher Gewalt. Probleme bei der Datenspeicherung von Kommunikationsdaten?

Ergebnisse:

1. Erfassung zur Verhinderung von Taten: Die Erfassung ist ein Auftrag an Polizei, Wissenschaft und Politik; Ziel der Erfassung ist die Ursachenforschung zur Entstehung und die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von homophober Gewalt.
2. Bei der Erfassung muß die Motivation des Täters und nicht die tatsächliche Orientierung des Opfers im Vordergrund stehen.
3. Die Kriterien für die Erfassung von homophober Gewalt erfordern die Erarbeitung einer Checkliste sowie die Klärung von Verfahrensabläufen der Erfassung und Auswertung.
4. Schutz der Opfer ist wichtig; an den Datenschutz sind hohe Anforderungen zu stellen. Es müssen begrenzte Zugriffsmöglichkeiten auf eine entsprechende Sammlung bestehen. Die Anonymisierung der Opferdaten im Meldesystem wäre ein Weg. Ein Zwangouting im Verfahren soll vermieden werden.

WORKSHOP 4

Frage:

Wer sorgt sich um die Opfer schwulenfeindlicher Gewalt – auch in ländlichen Regionen verfahren? Brauchen wir mehr Polizeischutz?

Ergebnisse:

1. Eine Differenzierung zwischen Schwulen und Lesben in der Beratungsarbeit ist sinnvoll und richtig, da dies den Erwartungen der Betroffenen geschuldet ist.
2. Anti-Gewalt-Projekte: Anstelle flächendeckender Quantität den Schwerpunkt auf Qualität mit Multiplikationswirkung legen.

3. Zentrale einprägsame europäische Beratungsnummer einrichten!

4. Steigerung des Anzeigeverhaltens stellt den Königsweg dar: einerseits Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden, andererseits Aufklärung über die Notwendigkeit der Anzeigerstattung.

WORKSHOP 5

Frage:

Ziele und Perspektiven für gemeinsame europaweite Umfragen zu schwulenfeindlicher Gewalt. Wie können diese aussehen?

Ergebnisse:

1. Wir sind uns einig, dass Umfragen zu homophober Gewalt auf internationaler Ebene in regelmäßigen Abständen (z.B. alle 2-5 Jahre) unter Schwulen, Bi-, Transsexuellen und Lesben durchgeführt werden sollten, um die Antidiskriminierungspolitik zu befördern.
2. Die methodischen Standards der internationalen Vergleichsforschung (Vergleichbarkeit von Erhebung und Auswertung, gleichsam intensive Bewerbung der Umfragen etc.) sollten dabei sichergestellt sein.
3. Für die Organisation der Umfragen sollte ein Netzwerk von ForscherInnen aufgebaut werden.
4. Wir wünschen uns, dass die Umfragen ausreichend finanziert werden (z.B. durch europäische Mittel).

WORKSHOP 6**Frage:**

Gewalt in der Familie: Schüler und Jugendliche als Opfer homophober Gewalt. Wie intervenieren?

Ergebnisse:

1. Die Polizei soll ein Partner der Opfer sein, der sie vertrauensvoll in ihren Rechten bestärkt und sensibilisiert für ihre spezifischen Probleme ist – und einschreiten sowohl bei körperlicher als auch bei seelischer Gewalt.
2. Die Schule soll ein Schutzraum sein, der eine „0-Tolerance“ Politik in punkto Gewalt durchsetzt – und jedem Schüler im Unterricht vermitteln, was Homosexualität ist.
3. Die LGBT-Organisationen sind Ansprechpartner für Opfer und stellen gegebenenfalls einen Kontakt zu Schule und Polizei her. Die Organisationen müssen in die Schulen gehen um Aufklärungsarbeit zu leisten und entsprechende Projekte ermöglichen, z.B. Notunterkünfte für Opfer häuslicher Gewalt.
4. Die LGBT-Organisationen kümmern sich um die Vernetzung und Sensibilisierung von Polizei und Schule: Sie sind der Motor!

WORKSHOP 7**Frage:**

Zweierlei Maß? Findet in Gerichtsurteilen die Verwerflichkeit homophober Gewalt als vorurteilsmotivierte Gewalt angemessene Berücksichtigung?

Ergebnisse:

1. Eine Verschärfung des Strafrechts für homophobe Straftaten ist nicht erforderlich. Bestehende Strafen sollten konsequent angewandt werden.
2. Verfahren, die aktenkundig einen homophoben Hintergrund haben, sollen nie eingestellt werden.
3. Der Täter sollte im Gerichtsverfahren mit seiner homophoben Haltung konfrontiert werden.
4. Das Gericht sollte in seinen Entscheidungsgründen die Tat mit ihrer Homophobie stigmatisieren. Zu einer konsequenten Strafverfolgung gehört neben einer Bestrafung auch die Auseinandersetzung mit den Vorurteilen, z.B. durch einen Täter-Opfer- Ausgleich (TOA) oder

ASG-KRITERIEN VON MANEO -

zur Feststellung anti-schwuler Gewalttaten bzw. vorurteilsmotivierter Gewalt (Hassgewalt) gegen Schwule. 1994-R (2008)

MANEO hat erstmals 1991 in Anlehnung an ein Klassifikationssystem der „New York Lesbian and Gay Task-Force“ Merkmale zur Feststellung schwulenfeindlicher Gewalt, die „ASG-Kriterien“, entwickelt, die sich am Identifikationssystem des US-amerikanischen FBI zur Feststellung sogenannter „hate crimes“ (Hassverbrechen) bzw. „crimes motivated by bias“ (vorurteilsmotivierte Verbrechen) orientieren.

USA

„Der Begriff der hate crimes stammt aus den USA und beschreibt meist strafrechtlich relevante Handlungen, in Zuge derer eine oder mehrere Person(en) oder deren Besitz Viktimisierung durch Einschüchterung, Bedrohung, physische oder psychische Gewalt erfährt/erfahren. Der oder die Täter ist/sind dabei teilweise oder gänzlich geleitet durch Vorurteile gegenüber bestimmten Merkmalen (wie Rasse, Abstammung, Nationalität, Religion, sexuelle Orientierung, Alter, Geschlecht, körperliche und/oder geistige Behinderung), welche die gesamte soziale Gruppe der/des Opfer(s) betreffen. Die Schädigung zielt daher nicht nur auf das direkte Opfer ab, sondern besitzt eine einschüchternde Botschaft, welche die Identität der Opfergruppe und damit die Grundfeste einer demokratischen Gesellschaft adressiert“.¹

Definition des FBI in den USA²:

„A hate crime, also known as a bias crime, is a criminal offense committed against a person, property, or society that is motivated, in whole or in part, by the offender’s bias against a race, religion, disability, sexual orientation, or ethnicity/national origin.“

„Hassverbrechen, auch Vorurteilsverbrechen, bezeichnet eine kriminelle Tat gegen Personen, Eigentum oder die Gesellschaft, die ganz oder teilweise von den Vorurteilen des Täters gegen die Rasse, Religion, Behinderung, sexuelle Orientierung oder Ethnizität/nationale Herkunft motiviert ist“. Großbritannien „In England werden schon seit Mitte der

1980er Jahre Daten über rassistische Vorfälle gesammelt und ausgewertet. Dabei wird heute folgende Definition verwendet: ‚Hassverbrechen liegen vor, wenn Opfer aufgrund von Behinderung, Sexualität, Geschlechtsidentität, Rasse oder religiösem Glauben physisch oder verbal missbraucht werden. Ein entscheidender Faktor ist, dass Hass gegenüber der Gruppe, Kultur, dem Lebensstil oder der Identität des Opfers das Motiv des Verbrechens darstellt.“

GROSSBRITANNIEN

„In England werden schon seit Mitte der 1980er Jahre Daten über rassistische Vorfälle gesammelt und ausgewertet. Dabei wird heute folgende Definition verwendet: ‚Hassverbrechen liegen vor, wenn Opfer aufgrund von Behinderung, Sexualität, Geschlechtsidentität, Rasse oder religiösem Glauben physisch oder verbal missbraucht werden. Ein entscheidender Faktor ist, dass Hass gegenüber der Gruppe, Kultur, dem Lebensstil oder der Identität des Opfers das Motiv des Verbrechens darstellt.“³

Die Definition des britischen Innenministerium (Home Office) ⁴:

Hate crime

Hatred is a strong term that goes beyond simply causing offence or hostility. Hate crime is any criminal offence committed against a person or property that is motivated by an offender’s hatred of someone because of their:

- race, colour, ethnic origin, nationality or national origins
- religion
- gender or gender identity
- sexual orientation
- disability

Hate crime can take many forms including:

- physical attacks – such as physical assault, damage to property, offensive graffiti, neighbour disputes and arson

- threat of attack – including offensive letters, abusive or obscene telephone calls, groups hanging around to intimidate and unfounded, malicious complaints
- verbal abuse or insults - offensive leaflets and posters, abusive gestures, dumping of rubbish outside homes or through letterboxes, and bullying at school or in the workplace

Our definition of a hate crime:

Any incident, which constitutes a criminal offence, which is perceived by the victim or any other person as being motivated by prejudice or hate.

DEUTSCHLAND

Das Deutsche Forum Kriminalprävention stellt im Rahmen seines Endberichtes der Arbeitsgruppe „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige“ 2003 zum Thema Vorurteilsmotivierte Gewalt fest:

„Vorurteils kriminalität... hat eine besondere kriminal- und gesellschaftspolitische Bedeutung. Vorurteilsbedingte Gewaltstraftaten treffen nicht nur ein individuelles Opfer, sondern zielen auf eine ganze Bevölkerungsgruppe, die die gleichen abgelehnten Eigenschaften hinsichtlich Rasse, Nationalität, Religion, sexueller Orientierung oder sonstiger Lebensstile wie das danach ausgesuchte individuelle Opfer hat. [...] Die besondere Gefährlichkeit der Vorurteils kriminalität liegt danach in ihrem willkürlichen Angriff auf ein Zufallsopfer, um Teile der Bevölkerung zu verunsichern. Solche Angriffe auf die Grundlage des friedlichen Zusammenlebens müssen durch kriminalpräventive Interventionen nachhaltig verhindert werden.“⁵

„Auf gesellschaftlicher Ebene fordert der Botschafts- und Aufforderungscharakter der Vorurteils kriminalität klare Unterstützungssignale an die Opfer und ein striktes Vorgehen gegen die Täter. Auf die angstmachende Botschaft muss mit einer starken Gegenbotschaft der Gemeinschaft reagiert werden, um die potentiellen Opfer zu ermutigen. Wie an keiner anderen Stelle wirkt das Strafrecht hier als Schutzschild für Menschenrechte. Entsprechend sichtbare Normenverdeutlichung durch Sanktionen dient der Opfergerechtigkeit und Normstabilisierung und ist notwendig gegenüber Tätern, die durch Opferab-

wertungen Rechtfertigungsgründe für ihr Verhalten vorschützen.“

„Das Strafrecht als ethisches Minimum und öffentliches Instrument der gesellschaftlichen Normverdeutlichung hat im Rahmen der Vorurteils kriminalität eine ganz besondere symbolische Bedeutung für die potentiellen Opfer, denn sie zielen nicht nur auf ein Individuum, sondern auf die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens: Angriffe auf Menschen wegen bestimmter Merkmale sind auch Angriffe auf die Menschenwürde als Gemeinschaftswert. Sie enthalten einschüchternde und Angst machende Botschaften an alle Menschen mit gleichen Merkmalen. Das Strafrecht, das Menschen und ihre Persönlichkeit ohne jede Differenzierung schützt, ist genau in dieser Funktion das geeignete Mittel, um die Grundnormen der Zivilgesellschaft zu schützen.

Es bedarf insoweit keiner spezifischen Änderung des Strafrechts hinsichtlich besonderer Straftatbestände, sondern nur die konsequente Anwendung wegen des erheblichen Gemeinschaftsschadens der Delikte. Zu Erfüllung dieser Aufgaben ist auch keine besonders scharfe Sanktionspolitik erforderlich. Die Gegenstrategie hat sich nach gesichertem kriminologischem Wissen auf die Erhöhung der Aufklärungsrate und des Ermittlungsdrucks sowie auf die konsequente Durchführung des Strafverfahrens bis zu einem Urteil zu stützen.“

¹ „Hate Crimes“, Marc Coester, Frankfurt a.M. 2008, S. 27

² Quelle: http://www.fbi.gov/ucrlcius_04/offenses_reported/hate_crimeindex.html

³ European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia in: „Hate Crimes“, Marc Coester, Frankfurt a.M. 2008, S. 27

⁴ Quelle: <http://www.homeoffice.gov.uk/crime-victims/reducing-crime/hate-crime>

⁵ Deutsches Forum Kriminalprävention, Papier „Einführung und Empfehlungen – Kurzfassung“ der Arbeitsgruppe „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen“, S. 2

MANEO-KRITERIEN

Vor dem Hintergrund, ob es sich bei der Gewalttat um eine vorurteilsmotivierte, gegen Schwule gerichtete Gewalttat handelt, wird die Gewalttat von MANEO nach verschiedenen Kriterien untersucht. Danach handelt es sich um einen Straftatbestand gegen eine Person oder Sache, die von einer Person bzw. von Personen ausgeübt wird, welche von Vorurteilen bezüglich eines bestimmten Merkmals des Opfers geleitet ist. Im Vordergrund steht das Motiv des/der Täter/s.

Um eine bessere Einschätzung vornehmen zu können, arbeitet MANEO mit einem Punktesystem. Drei Punkte bedeuten einen sehr deutlichen Hinweis auf eine vorurteilsmotivierte, schwulenfeindliche Gewalttat. Mit der Formulierung „Hinweis“ betont MANEO, dass entsprechend bewertete Taten anschließend genauer auf die tatsächliche Motivation des/der Täter/s überprüft werden müssen.

Ziel einer solchen Bewertung ist in erster Linie, angemessene Maßnahmen gegenüber Tätern zu prüfen, die mit Aufklärung und nachhaltiger Prävention einher gehen müssen. Dass entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden, muss als Signal in die Gesellschaft und gegenüber der Opfergruppe deutlich gemacht werden. Für unsere Gesellschaft und unsere demokratische Ordnung stellen vorurteilsmotivierte Verbrechen eine Gefahr dar, weil die Gewalttaten dazu führen können, die Lebensqualität einer ganzen Gruppe einzuschränken, bzw. ein Gefühl von Bedrohtheit aufzubauen bzw. zu verstärken.

Ausgehend von einer Gewaltstraftat, die stattgefunden hat, wird die Gewalttat von uns nach 6 Merkmal-Gruppen untersucht. Diese orientieren sich an: der Zeugenschaft, dem Täter(-verhalten), der Tatbegehung, dem Tatort, dem Opfer(-verhalten) und dem (Tat-)Zeitpunkt.

- • • **sehr deutlicher Hinweis auf eine mögliche antischwule Gewalttat**
- • **deutlicher Hinweis auf eine mögliche antischwule Gewalttat**
- **Hinweis auf eine mögliche antischwule Gewalttat**

• • • 1. Zeugen-Merkmal

Unmittelbar durch die Gewalttat betroffene Menschen sehen in der Gewalttat eine vorurteilsmotivierte, gegen Schwule gerichtete Gewalttat.

Berücksichtigt wird, ob unmittelbar betroffene Menschen, d.h. die Geschädigten selbst oder auch Zeugen oder Angehörige, in der Gewalttat ein gegen Schwule gerichtete Gewalttat einschätzen.

• • • 2. Täter-Merkmal A

Vor, während oder nach der Tat äußert sich der/die Täter in einer Sprache oder in Schrift oder trägt bzw. zeigt Symbole, die gegen Homosexuelle gerichtete Vorurteile anzeigen.

Berücksichtigt wird beispielsweise, ob sich der Täter vor, während oder nach der Tat über den Geschädigten schwulenfeindlich und homophob geäußert hat, unabhängig davon, ob der Geschädigte tatsächlich schwul ist.

• • 3. Täter-Merkmal B

Um die bekannt gewordene Gewalttat sammeln sich Hinweise darauf, dass die Gewalttat von Tätern begangen wurde, die sich bereits zuvor an Diskriminierungen und Gewalttaten gegen ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten beteiligt haben.

Berücksichtigt wird beispielsweise, ob der/die Täter Mitglied/er oder Anhänger einer radikalen Sekte, einer extremistischen Ideologie oder religiös-fundamentalistischen Idee ist/sind, ob er/sie bereits zuvor durch Äußerungen, Stellungnahmen oder Publikationen aufgefallen oder bekannt geworden ist/sind, die vorurteilsmotivierte, anti-homosexuelle Einstellung aufzeigen und/oder die zu Hass und Gewalt gegen Homosexuelle aufrufen.

• • 4. Tatbegehungs-Merkmal

Es gibt Hinweise darauf, dass die Gewalttat mit einer ungewöhnlichen Brutalität seitens des/der Täter/s begangen wurde.

Berücksichtigt wird, dass Täter aufgrund ihrer Vorurteile gegen Homosexuelle oftmals mit einer großen und ungewöhnlichen Brutalität gegen ihre Opfer vorgehen, die bezüglich der Ausgangssituation als geradezu unangemessen erscheinen.

- • **5. Tatort-Merkmal A**

Die Gewalttat findet an Orten statt, an denen sich in der Vergangenheit wiederholt Gewalttaten zum Nachteil homosexueller Männer ereignet haben.

Berücksichtigt wird, ob Gewalttaten zum Nachteil schwuler Männer an Orten stattgefunden haben, die unter Schwulen, nicht jedoch in der allgemeinen Öffentlichkeit auf Anhieb als Schwulentreffpunkte bekannt sind (z.B. sog. „Cruising-Gebiete“, Parkanlagen, Hotels, Schwimmbäder, öffentliche Toiletten, Autoparkplätze). Berücksichtigt wird in einem geschichtlichen Rückblick auf diese Orte, ob an diesen bereits früher Gewalttaten zum Nachteil schwuler Männer stattgefunden haben, unabhängig davon, ob diese Orte Treffpunkte für Schwule sind oder waren (z.B. öffentliche Toiletten, die nicht oder nicht mehr als „Klappen“ bekannt sind).

- • **6. Tatort-Merkmal B**

Die Gewalttat findet unmittelbar in einer Gegend statt, in der sich schwule Lokalitäten, Veranstaltungsorte, Treffpunkte oder der männlichen Prostitution nachgegangen wird.

Berücksichtigt wird, ob z.B. die Gewalttat in einem „Schwulen-Kiez“ (beispielsweise im schwulen Kiez in Schöneberg etc.), im Bereich des Strichs (beispielsweise Bahnhof Zoo/ Jebensstraße etc.), oder an einem Cruising-Ort (beispielsweise im Tiergarten, VP Friedrichshain etc.) oder im Nahbereich schwuler/schwulesbischer Lokalitäten, Veranstaltungen, Treffpunkte stattfindet. (Man bedenke: Ein Mann wird nachts im Tiergarten an der „Löwenbrücke“ geschlagen und ausgeraubt.)

- • **7. Opfer-Merkmal A**

Die Gewalttat richtet sich gegen Männer, die sich als homosexuelle Männer zu erkennen geben oder die sich durch Kleidung und Verhalten sichtbar gemacht haben bzw. erkennbar sind, oder die von den Tätern für schwul bzw. homosexuell gehalten werden.

Berücksichtigt wird, ob beispielsweise schwule Männer öffentlich sichtbar Hand in Hand die Straße entlang gehen, oder die sich einen Kuß geben, oder die in einem entsprechenden „Outfit“ unterwegs sind, z.B. in „Fummel“ oder Leder, oder entsprechende „Aufkleber“ (Regenbogenfahne) auf ihren Autos angebracht haben usw. (Man bedenke: Ein schwuler Jugendlicher, der an seiner Schule für seine Homosexualität bekannt ist, wird an einem Abend ohne Anlaß auf dem Heimweg vom Sporttraining von Jugendlichen verprügelt.)

- **8. Opfer-Merkmal B**

Die Gewalttat richtet sich gegen Personen, die sich öffentlich für Belange von Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender oder Menschen mit HIV und AIDS engagieren oder eintreten. Hierzu zählen auch prominente schwule Personen.

Berücksichtigt wird, dass Person sowohl in ihrem sozialen Umfeld als auch durch öffentliche bzw. mediale Präsenz für ihr Engagement bekannt sind. Hierzu zählen u.a. schwule Politiker, Schauspieler u.a.m.

- **9. Zeit-Merkmal**

Die Gewalttat findet zu einer Zeit statt, an dem ein homosexuelles Fest stattfindet.

Berücksichtigt werden beispielsweise öffentlich bekannte Veranstaltungen, z.B. in Berlin das „Ledertreffen“ (Ostern), das „Lesbisch-Schwule Stadtfest“ und der „Christopher-Street-Day“ (im Juni), Lesbisch-Schwules-Parkfest im Friedrichshain (August), Folsom-Fest (September).

hib-Meldung
104/2001
Datum: 05.04.2001

heute im Bundestag – 05.04.2001

KRIMINALPOLIZEILICHER MELDEDIENST „STAATSSCHUTZ“ WIRD UMGESTALTET

/Inneres/Antworten

Berlin: (hib/VOM) Bund und Länder haben sich nach Darstellung der Bundesregierung darauf verständigt, den bisherigen kriminalpolizeilichen Meldedienst „Staatsschutz“ umzugestalten und zu verbessern. Dies geht aus der Antwort der Regierung (14/5773) auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion (14/5397) hervor. Zentrales Erfassungskriterium des neuen Meldesystems sei die „politische motivierte Tat“. Als politisch motiviert gelte sie vor allem dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen ließen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit oder Rasse richte. Weitere Kriterien seien Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuelle Orientierung dieser Person, eine Behinderung oder das äußere Erscheinungsbild sowie der gesellschaftliche Status. Die erfassten Sachverhalte würden unter verschiedenen Gesichtspunkten bewertet, so die Regierung. Dabei würden vor allem Feststellungen zur Qualität des Delikts, zur objektiven thematischen Zuordnung der Tat, zum subjektiven Tathintergrund, zur möglichen internationalen Dimension und zu einer eventuellen extremistischen Ausprägung der Tat getroffen. Diese differenzierte Darstellung ermögliche eine bedarfsorientierte Auswertung der Taten und bilde damit die Grundlage für den zielgerichteten Einsatz repressiver und präventiver Bekämpfungsmaßnahmen, heißt es in der Antwort. Die Diskussion zwischen Bund und Ländern über die neuen Erfassungskriterien dauere noch an. Ein abschließender Beschluss der Innenminister und Senatoren des Bundes und der Länder sei im Rahmen der Frühjahrskonferenz vorgesehen.

Auf die neue Regelung des bisherigen kriminalpolizeilichen Meldedienstes „Staatsschutz“ geht die Regierung auch in ihrer Antwort (14/5732) auf zwei weitere Kleine Anfragen der PDS-Fraktion nach ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen im Januar und Februar dieses Jahres (14/5291, 14/5487) ein. Mit dem neuen System werde sichergestellt, dass künftig politisch motivierte Straftaten bundeseinheitlich erfasst und bewertet würden. Die mit der Umstellung der statistischen Erfassung und Bewertung solcher Straftaten verbundenen Vorarbeiten seien noch nicht abgeschlossen. Es werde zwar seit Jahresbeginn vorläufig angewendet. Für Länder, in denen sich dies aber nicht habe realisieren lassen, bestehe die Möglichkeit der späteren Erfassung rückwirkend zum Jahresbeginn. Vereinzelt würden die Straftaten noch nach dem alten Meldesystem, teilweise bereits nach dem neuen erfasst, so die Regierung. Die Daten seien jedoch nicht kompatibel. Die ersten bundesweit aussagekräftigen Zahlen aus dem neuen Meldesystem würden voraussichtlich noch im April rückwirkend zum Jahresanfang vorliegen.

Quelle: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/057/1405732.pdf>

Brigitte Zypries

Bundesministerin der Justiz

Mitglied des Deutschen Bundestages

GRUSSWORT AN DIE TEILNEHMER DER FACHTAGUNG MANEO-WERKSTATT 3

„Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum:

Wie kommt Licht ins Dunkelfeld – Können Schwule vor Übergriffen besser geschützt werden?“

am 16. und 17. Mai 2008 in Berlin

Eine gewaltfreie Gesellschaft, in der jeder und jede Einzelne selbstbestimmt leben kann, dies ist das Ziel einer freiheitlichen Rechtspolitik. In den vergangenen Jahren haben wir dafür eine Menge getan – von der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes bis hin zur Schaffung der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Trotzdem bleibt schwulenfeindliche Gewalt ein Problem in unserer Gesellschaft, und wir dürfen davor nicht die Augen verschließen.

Ich meine, Gewalt, die durch Hass und Vorurteile motiviert wird, ist besonders verabscheuungswürdig. Wir müssen deshalb alles tun, um solche Straftaten zu verfolgen, um sie aufzuklären und um die Täter zu bestrafen. Dies kann nur gelingen, wenn wir mehr „Licht in das Dunkelfeld“ bringen und deshalb ist das Thema dieser MANEO-Werkstatt gut gewählt. Eine größere Anzeigebereitschaft bei den Opfern, mehr Sensibilität bei Polizei und Justiz sowie schuldangemessene Strafen für die Täter – alles dies brauchen wir, um Schwule vor Gewalt noch besser zu schützen. Dies werden wir allerdings nur dann erreichen, wenn alle Beteiligten im ständigen Dialog bleiben, wenn sie Erfahrungen und Erkenntnisse austauschen und wenn wir vor allem mehr Verständnis für die Betroffenen wecken.

Ich freue mich sehr, dass auch in diesem Jahr wieder so viele Vertreter von schwulen Anti-Gewalt-Projekten, Polizeidienststellen, Behörden und Institutionen an dieser MANEO-Werkstatt teilnehmen. Ich grüße alle Teilnehmer und heiße besonders die Gäste willkommen, die aus unseren europäischen Partnerländern nach Berlin gekommen sind. Die Bekämpfung von Intoleranz und Gewalt gegen Homosexuelle ist eine enorme Herausforderung für den freiheitlichen Rechtsstaat. Ich bin mir sicher, dass diese Tagung dazu beitragen wird, diese Herausforderung zu bestehen, und ich wünsche Ihnen daher interessante und erfolgreiche Beratungen in Berlin.

Brigitte Zypries,

MdB Bundesministerin der Justiz

Klaus Wowereit

Der regierende Bürgermeister von Berlin

GRUSSWORT DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS VON BERLIN, KLAUS WOWEREIT, FÜR DAS SCHWULE ANTI-GEWALTPROJEKT MANEO

anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie am 17. Mai 2008

Viel ist erreicht worden in Sachen Emanzipation und Gleichstellung von Schwulen und Lesben. Aber noch nicht genug. Sonst wäre eine Einrichtung wie MANEO, das schwule Anti- Gewalt-Projekt in Berlin, überflüssig. Das ist es aber leider nicht – im Gegenteil. Denn noch immer werden Schwule und Lesben in Berlin und anderswo diskriminiert, bedroht und auch brutal misshandelt.

Deshalb ist die Arbeit von MANEO so überaus wichtig und verdienstvoll. Sie setzt bei den Opfern an, berät und begleitet sie, hilft ihnen, seelische Verletzungen zu überwinden. Darüber hinaus engagiert sich MANEO in vielfältiger Weise für Gewaltprävention, auch dort, wo Gewalt ausgeübt und erlitten wird.

Ich begrüße die internationalen Gäste, die zur dritten MANEO – Werkstatt nach Berlin gekommen sind, um hier Diskussionen über gewaltpräventive Strategien fortzusetzen. Solange der Anblick zweier sich küssender Männer bzw. zweier sich küssender Frauen noch Anlass zu homophoben Verhaltensweisen und nicht in allen Teilen der Gesellschaft als selbstverständlich akzeptiert ist, sind die Ursachen von Diskriminierung und Gewalt gegenüber Homosexuellen immer noch nicht beseitigt.

Wenn Schwule und Lesben dafür am Internationalen Tag gegen Homophobie demonstrieren, dann ist das ein starkes Signal für das große demokratische Ideal der Gleichheit der Lebensformen, dem die Liebe von Männern zu Männern und von Frauen zu Frauen so selbstverständlich ist wie die zwischen Männern und Frauen.

In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn sich viele Menschen am Internationalen Tag gegen Homophobie beteiligen und gegen Diskriminierung und Übergriffe gegen Schwule und Lesben demonstrieren. Ihnen gilt mein Dank sowie allen, die sich für MANEO engagieren.

Klaus Wowereit



Senatsverwaltung für Inneres und Sport



Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstraße 47, 10179 Berlin

MANEO
 c/o Mann-o-Meter e.V.
 Herrn Bastian Finke

per E-Mail: maneo@maneo.de

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

SenInnSport III B 2 Ga – 0333/042

Bearbeiterin: **Herr Gallitzky**

Dienstgebäude: Berlin-Mitte

Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Verkehrsverbindung U 2 Klosterstraße

Zimmer 2217

Telefon (030) 9027-1157

Telefax (030) 9028-4654

Vermittlung (030) 9027-111

Intern 927-1157

E-Mail Stephan.gallitzky@seninnsport.berlin.de
 E-Mail nicht für Dokumente mit elektronischer
 Signatur verwenden.

Internet www.berlin.de/sen/inneres

Datum **8. Februar 2008**

MANEO-WERKSTATT 3 am 16. und 17. Mai 2008

Schriftliches Grußwort des Senators für Inneres und Sport Dr. Ehrhart Körting

Leider stellt die Diskriminierung von Lesben und Schwulen in unserer Gesellschaft noch immer ein Problem dar. Im Glauben daran, dass sich die Opfer nicht wehren oder aus Angst und Schamgefühl nicht an die Polizei wenden, erlangen die Täter Sicherheit. Dieses Gefühl der Sicherheit vor Tatentdeckung muss den Tätern genommen werden, damit entwürdigende verbale und körperliche Übergriffe aufhören.

Die von Maneo durchgeführte Studie zu Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland im Jahr 2006/2007 liefert wertvolle Erkenntnisse zu Opfern, Tätern, Taten und Tatorten sowie zur Dunkelfelderhellung des im Titel benannten Personenkreises. Berlin liegt nach der Untersuchung bei den tatsächlich angezeigten Vorfällen über dem Bundesdurchschnitt.

Die höhere Anzeigenbereitschaft in Berlin wird auch auf die Arbeit der Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zurückgeführt.

Die Berliner Polizei hat mit der Einrichtung eines ständigen „Ansprechpartners für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ seit 1992 bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Die Aufgabe wurde in den zurückliegenden Jahren durch engagierte Mitarbeiter der Berliner Polizei mit Leben erfüllt. Die vielen positiven Stimmen haben gezeigt, dass diese Aufgabe sehr ernst genommen und die Berliner Polizei sich damit auch als ein verlässlicher und aufrichtiger Partner für Opferschutzeinrichtungen und Betroffene, aber vor allem auch für MANEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin - gezeigt hat.

Die Polizei ist nur eine von vielen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen, denen es darum geht, die schutzwürdigen Interessen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen zu gewährleisten. Ein breiter Informationsaustausch und eine Zusammenarbeit zwischen den Institutionen durch handlungsfähige Netzwerke ist dafür Voraussetzung.

Für Ihre Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen „Internationalen Tages der Homophobie“ wünsche ich Ihnen eine breite Beteiligung und viel Erfolg.

Dr. Ehrhart Körting*



Sebastian Edathy
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Nienburg-Schaumburg

Grußwort für die MANEO-Werkstatt 3 am 16. und 17. Mai 2008

Berlin, den 05. Mai 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich darüber, dass Sie gemeinsam es durch Ihr Engagement geschafft haben, erfolgreich die 3. MANEO-Werkstatt auszurichten. Es handelt sich dabei um einen wichtigen Schritt dahin, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu sensibilisieren, dass es in einem bedeutenden Umfang Gewalt gegen homosexuelle Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt.

Diese Gewalt gegen eine Gruppe, gegen einen Teil der Bevölkerung ist eine Form der Hasskriminalität und deshalb besonders verwerflich. Die hate crimes sind besonders gefährlich, weil sie die Basis unseres zwischenmenschlichen Zusammenlebens angreifen: die Universalität der Menschenwürde. Die Täter wählen ihre Opfer zufällig aus, ohne dass eine direkte oder persönliche Beziehung besteht. Sie werden stellvertretend für eine den Tätern verhasste Minderheitengruppe allein aufgrund ihrer z.B. Hautfarbe, Nationalität, Religion, Behinderung oder eben der sexuellen Orientierung ausgewählt. Besonders dramatisch: Die Opfer können nichts daran ändern. Ihre „Merkmale“, weshalb sie Opfer von brutalen Gewalttaten geworden sind, sind von ihnen nicht beeinflussbar. Sie werden symbolisch für eine gesamte Gruppe erniedrigt.

Das Projekt Maneo und dessen Träger Mann-O-Meter e.V. Berlin haben in den vergangenen Jahren sehr gute Arbeit geleistet, indem auf die Probleme aufmerksam gemacht und die Opfer unterstützt werden und wurden.

Hier anzusetzen und sich gemeinsam gegen Gewalt gegenüber Homosexuellen zu stellen, ist die Aufgabe, die die Gesellschaft und damit natürlich auch die Politik zu erfüllen hat.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg mit dem Projekt Maneo und produktive Konferenztage.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Edathy, MdB

Claudia Roth
Mitglied des Deutschen Bundestages

GRUSSWORT ZUR MANEO-WERKSTATT 3

Liebe Freunde von Maneo,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Maneo-Werkstatt 3,

die von Maneo initiierte Umfrage zu Gewalt zum Nachteil schwuler und bisexueller Männer hat im vergangenen Jahr wesentlich dazu beigetragen, dem Thema schwulenfeindliche Gewalt die nötige öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Wenn 36 Prozent der Beteiligten angeben, in den letzten 12 Monaten Opfer von Gewalt geworden zu sein, zeigt das - trotz aller Schwierigkeiten bei der Definition und Erfassung - überdeutlich, dass homophobe Gewalt nicht vereinzelt auftritt, sondern ein drängendes, andauerndes Problem ist. Das erschreckende Ergebnis zeigt einmal mehr, wie notwendig und wichtig Euer schwules Anti-Gewalt-Projekt ist und es bleibt. Auch die Tatsache, dass 90 Prozent der Taten der Polizei nicht gemeldet wurden, macht deutlich, dass die „Service-Angebote“ von Maneo- Eure Begleitung zur Polizei und zum Gericht - genau den Bedürfnissen der Opfer von Gewalt entsprechen und flächendeckend angeboten werden müssten.

Das Thema Gewalt – und im Besonderen Jugendgewalt - hat die Debatten Anfang des Jahres bestimmt. Die Wahlen in Hessen haben gezeigt, dass die Vereinfachung und Schuldzuweisung an Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht der Lösungsweg ist. Das Thema ist zu komplex, um einfache Ursachen zu benennen und allgemeingültige Antworten zu präsentieren. Sachliche Diskussionen sind erforderlich, um bei dem Thema nicht zu polarisieren, sondern Lösungen zu erarbeiten. Ein Lösungsansatz besteht darin, früh zu handeln, um gewalttätiges Verhalten zu verhindern. Da soziale Schiefen und Perspektivlosigkeit die Hauptgründe für Jugendgewalt sind, muss hier angesetzt werden. Gewaltprävention heißt also, jungen Menschen früh eine Chance zu geben – eine Chance auf Bildung und Teilhabe.

In unserem Land hängt Bildung von Kindern immer noch viel zu stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab. Diesen Zusammenhang müssen wir aufbrechen. Frühkindliche Erziehung, die Kindern hilft, jene sozialen Kompetenzen zu erlernen, die zu einem friedlichen Miteinander nötig sind, die Betreuung von Jugendlichen in Ganztagschulen und eine stärkere Einbeziehung der Eltern in die Schulen, sind Bausteine zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Unser Schulsystem, das Kinder schon mit zehn Jahren in Gewinner und Verlierer einteilt, ist dringend reformbedürftig, denn es fördert Minderwertigkeitsgefühle, Frust und somit letztlich auch Gewalt.

Ein besonderes Augenmerk muss auf männliche Bildungsverlierer gerichtet werden, denn Jugendgewalt ist überwiegend männlich – sowohl was die Täter als auch was die Opfer angeht. Vielen Jugendlichen, besonders wenn sie aus bildungsfernen oder gewaltgeprägten Familienverhältnissen kommen, fehlen positive männliche Vorbilder, die zeigen, dass es auch ohne Gewalt geht. Auch der Unterrichtsplan der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen muss sich der Herausforderung annehmen, den Aspekt Aufklärungsarbeit adäquat den Erfordernissen unserer Zeit zu gewichten, leidenschaftlich und streitbar für unsere Werte zu werben und mehr Überzeugungsarbeit für sie zu leisten.

Wir brauchen Kampagnen für gewaltfreie Erziehung statt eine Ausweisungsdebatte, Präventionsarbeit für Toleranz und gegen Diskriminierung, Vorurteile und Menschenfeindlichkeit statt Stammtischparolen. Ihr tragt seit Jahren mit der „Maneo-Toleranzkampagne“ zur Prävention anti-homosexueller Gewalt bei und leistet damit einen großen Beitrag. Ihr habt mit Eurer Umfrage schon viel Licht ins Dunkle gebracht und werdet mit der zweiten Umfrage hoffentlich noch mehr Klarheit für praktisches Handeln schaffen. Für Euren Kongress wünsche ich mir und Euch, dass Ihr Strategien entwerft und Netzwerke knüpft, damit Schwule wirksamer gegen Übergriffe geschützt und die Opfer ermutigt werden, die Taten zu melden. Lasst uns weiterhin gemeinsam für eine tolerante, gewaltfreie und weltoffene Gesellschaft eintreten.

Herzliche Grüße,



Dr. Lale Akgün, MdB

Islambeauftragte der SPD Bundestagsfraktion

Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Stellvertretende europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

GRUSSWORT

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der dritten MANEO-Werkstatt,

haben Sie vielen Dank für Ihre Einladung, ein Grußwort für die dritte MANEO-Werkstatt zu schreiben. Dieser Einladung komme ich gerne nach, weil das Thema „Wie kommt Licht ins Dunkelfeld? Können Schwule vor Übergriffen besser geschützt werden?“ auch für meine politische Arbeit sehr relevant ist – wie Sie sich vorstellen können, da ich direkt gewählte Bundestagsabgeordnete in Köln bin.

Eigentlich würde ich gerne sagen können, dass Diskriminierung insbesondere von schwulen Männern ein Relikt aus grauen Vortagen ist, leider aber ist dem nicht so. Ganz im Gegenteil, wie Ihre Studie zeigt. Die Zahl der Gewalttaten gegen Schwule verschlägt einem die Sprache und verdeutlicht, dass Sonntagsreden über die „Wertegrundsätze im vereinigten Europa“ in manchen Bereichen noch meilenweit von der Realität entfernt sind. Wir nehmen in Europa und Deutschland die Grundsätze von Gleichberechtigung und Antidiskriminierung ernst, und wir haben sie auch in Verfassungsform gegossen. Doch die Frage ist, wie man „de jure“- Grundsätze in „de facto“-Realitäten umsetzt.

Als Politikerin bleibt mir vor allem der öffentliche Appell, aber natürlich auch der Einfluss auf die Gesetzgebung: Zunächst müssen für einen effektiven polizeilichen und juristischen Maßnahmenkatalog streiten, damit Gewalt unterbunden wird und die Opfer geschützt werden. Das heißt, dass die zuständigen Behörden schwulenfeindliche Gewalt als solche auch erkennen. Erst dann können Polizei und Justiz adäquat reagieren, wenn schwulenfeindliche Gewalt nicht unter „Sonstiges“ abgespeichert wird. Ähnlich wie antisemitische oder rassistische Gewalt sind die Täter hassmotiviert – und dagegen müssen die Behörden strikt handeln und Flagge zeigen.

Aber natürlich funktionieren solche Instrumente nur, wenn man den Ursachen zuleibe rückt! Schwulenfeindliche Gewalt ist eine extreme Form von Gewalt gegen Minderheiten, die vor allem aus Machtstreben resultiert. Genauer: Machtstreben in Bezug auf die Deutungshoheit. Deutungshoheit etwa darüber, wie Männlichkeit zu sein hat. „Schwulenfeinde“ haben oftmals ein ganz besonders antiquiertes Männlichkeitsbild angenommen, das ihnen selbst eine Identität gibt oder geben soll. Ein Identitätsbild, das so labil ist, dass es alleine schon durch das Vorhandensein von schwulen Männern gehörig ins Stolpern gerät. Ich sage: Wer ein „gesundes“ Bild von sich als Mann hat, wird nicht auf die Idee kommen, die eigene Identität auf Kosten anderer aufzubauen. Daher ist es wichtig, dass schon Kinder ein vernünftiges Bild von Männlichkeit entwickeln – eines von Toleranz statt von Abgrenzung.

Das ist leichter gesagt als getan, und es ist wahr, dass viele schwulenfeindliche Täter auch einen Migrationshintergrund haben. Aber es gibt eine Reihe von Projekten, die auch Jungen aus besonders patriarchalischen Gesellschaften helfen, mit der eigenen Männlichkeitsrolle besser umzugehen. Sozialpädagogische Projekte etwa, die den Jungs zeigen, dass nicht derjenige stark ist, der wie ein Platzhirsch alle seine Mitmenschen dominiert. Durchbrechen von altgedienten Rollenklischees – das ist eine Aufgabe, die sich lohnt anzugehen. Darüber hinaus müssen wir für die Abschaffung sozialer Benachteiligung kämpfen. Denn gerade diejenigen, die am Rande der Gesellschaft stehen, sind besonders anfällig dafür, andere zu diskriminieren. Das folgt durchaus einem menschlichen Antrieb, einen „noch Schwächeren“ unter sich haben zu wollen, ist aber auch ein Grundübel, das eine der Ursachen für die untragbare schwulenfeindliche Gewalt ist.

Polizeiliche, juristische und soziale Maßnahmen sind vonnöten. Nur: Wenn Teile der Gesellschaft stillschweigend schwulenfeindlich sind, fühlen sich Gewalttäter vielleicht sogar noch bestätigt. Hier gibt es offensichtlich Parallelen zu rechtsradikaler Gewalt: Täter können sich nur sicher fühlen, wenn eine schweigende oder sogar applaudierende Mehrheit hinter ihnen steht – oder zumindest stillschweigt. Das bedeutet, dass wir nicht nur bei der „Gewalt im Großen“ hinschauen sollten, sondern auch schon bei kleinen abfälligen Bemerkungen über Schwule, bei kleinen Andeutungen und Akzeptanzen von Gewalt und bei Reden, die Homosexualität die „Natürlichkeit“ absprechen.

Sie können sicher sein, dass ich Sie in Ihrem Engagement voll und ganz unterstütze! Gerne unterstütze ich Sie auch weiter gegen Diskriminierung, Gewalt und für Gleichberechtigung. Als Politikerin, aber auch privat, sympathisiere ich mit Ihrem Ansinnen, und ich hoffe, dass wir Ihre Beratungsarbeit gemeinsam noch effektiver machen können – und das geht nur, wenn wir ein Bewusstsein für das Grauen schwulenfeindlicher Gewalt wecken.

Dr. Lale Akgün

Regionalbüro Elisabeth Schroedter, MdEP
 Grüne/EFA Fraktion im Europäischen Parlament
 Unter den Linden 50 * Post: Platz der Republik 1
 D-11011 Berlin
 fon: 030-227 71508 * fax: 030-227 76513



Berlin, den 5. Mai 2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

schwulenfeindliche Gewalt bestimmt immer noch unseren Alltag. Jedoch ist die Aufmerksamkeit für die körperliche Verletzung, Stigmatisierung und Beleidigung von Männern und Jugendlichen viel zu gering. MANEO hat mit seiner Studie wesentlich dazu beigetragen, diese Menschenrechtsverletzung ans Licht zu bringen. Angesichts der Tatsache, dass es sich dabei lediglich um eine Momentaufnahme handelt, ahnen wir nur, wie viel persönliches Leid Schwule und Bisexuelle täglich ertragen müssen. Eine europäische Studie zur Gewalt gegen homosexuelle Schüler zeigt ähnliches Bild. Aufgrund massiver Persönlichkeitsverletzungen hat ein Großteil der homosexuellen Jugendlichen keine so unbeschwertere Jugend genießen wie ihren Klassenkameraden. Die erschütternden Ergebnisse beider Studien müssen unsere Gesellschaft endlich aufrütteln. Wir dürfen nicht zulassen, dass junge Menschen wegen ihrer Identität in ihren persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt werden und ihre freie Entfaltung behindert wird.

In der EU ist die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung verboten. Doch Gesetze allein können keine tolerante Gesellschaft schaffen. Es braucht den aktiven Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte, um Chancengleichheit und Toleranz auch für Homosexuelle Wirklichkeit werden zu lassen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei und das Aufklären von Straftaten ist ein wichtiger Teil davon. Schulungen in der Präventionsarbeit müssen in allen Polizeipräsidien selbstverständlich sein. Gleichzeitig dürfen Kommunen und Ländern nicht sparen, wenn es darum geht, Opfer zu unterstützen und zu stärken. Dazu gehört auch, dass Menschenrechtsverletzungen als Straftaten benannt und als solche anerkannt werden, damit Opfer durch die gesellschaftliche Achtung den Mut bekommen, solche auch anzuzeigen. Für mich ist jedoch ein zweiter wichtiger Ansatz, dass mehr Aufklärungsarbeit in Schulen geleistet wird. Dadurch wird es möglich, frühzeitig auf die Verletzung der Menschenwürde durch Beleidigungen oder erniedrigende Witze aufmerksam zu machen. Lehrerinnen und Lehrer müssen in diesem Bereich geschult werden und sich der Prävention im Bereich der Antidiskriminierung verpflichtet fühlen.

Voraussetzung dafür ist natürlich, dass auch die Bundesregierung mit ihrer Antidiskriminierungsarbeit ernst macht, und zwar für alle persönlichen Merkmale. Es gehört zu einer nicht hinnehmbaren Menschenrechtsverletzung, wenn es sich bewahrheitet, dass eine transsexuelle Mitarbeiterin des Bundespresseamtes aufgrund ihrer sexuellen Identität entlassen wurde. Auch in ihrer Antidiskriminierungsgesetzgebung braucht die Bundesregierung offensichtlich noch intensiven Nachhilfeunterricht im Bereich europäischer Grundrechte. So hat die Bundesregierung mittlerweile das zweite Mahnschreiben der EU-Kommission wegen der unzureichenden Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien erhalten. Die Kritik betrifft den Kündigungsschutz, die Ausnahmeklausel für die Kirchen, die Klagefrist für Opfer sowie die Beteiligung von Verbänden. Wir Grünen haben bereits im Dezember 2006 in einer Anfrage auf die mangelhafte Umsetzung europäischer Vorgaben im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hingewiesen. Neben der Kommission kritisiert auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) die mangelnde Konformität des deutschen Rechts mit dem Europarecht. So hat der EuGH in seinem Urteil vom 1. April festgestellt, dass gleichgeschlechtliche Lebenspartner ebenso wie Ehegatten Anspruch auf eine Hinterbliebenenversorgung haben, wenn diese als Arbeitsentgelt eingestuft wird. Homosexuelle Paare dürfen hier nicht schlechter gestellt werden als heterosexuelle Paare. Um weitere Verfahren vor dem EuGH und Strafzahlungen zu verhindern, muss die große Koalition endlich die deutschen Regelungen nachbessern.

Die politisch Verantwortlichen müssen vorangehen und dürfen die Antidiskriminierungsarbeit nicht allein den Nicht-Regierungsorganisationen überlassen. Die hervorragende Arbeit, wie sie Maneo täglich, aber insbesondere in ihrer bereits dritten Werkstatt leistet, ist unersetzbar, kann aber nur Ergänzung zu vorbildlichem Regierungshandeln sein. So wird die von Maneo angestrebte Meldestelle als wichtige Anlaufstelle für Opfer von Diskriminierung und Homophobie nur in enger Zusammenarbeit zwischen staatlichem und nichtstaatlichem Handeln erfolgreich und finanzierbar. Auf europäischer Ebene werde ich mich in den nächsten Tagen und Wochen intensiv dafür einsetzen, dass der Antidiskriminierungsschutz für Homosexuelle vervollständigt wird. In der Barroso-Kommission sind dazu noch harte Bretter zu bohren. Noch will sie dem Druck aus Deutschland und anderen Mitgliedstaaten nachgeben und die notwendige Ergänzungsrahmenrichtlinie nicht aufliegen.

Für den Start in diesen Werkstatttagen wünsche ich Maneo großen Erfolg.
Herzlichste Grüße

Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung

GRUSSWORT

Berlin, den 23. April 2008

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 3. MANEO-Werkstatt, sehr geehrte Organisatoren,

gerne habe ich die Schirmherrschaft für die Tagung der dritten MANEO-Werkstatt hier bei uns im Rathaus Schöneberg zum Thema „Homophobie und schwulenfeindliche Gewalt“ übernommen. MANEO – „Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin“ – steht seit über 18 Jahren für Opferhilfearbeit und für eine gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit.

Die von MANEO vorgelegte Studie 2006/2007 zum Thema „Gewalterfahrungen von Schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern“ zeigt, dass Homosexuelle aufgrund ihrer Sexualität in unserer Gesellschaft immer noch Opfer verbaler oder körperlicher Gewalttaten werden.

Die bislang einzigartige, deutschlandweite Studie offenbart insbesondere, dass gerade junge Männer bis 25 Jahre Opfer von Gewalt werden und die Dunkelziffer von nicht angezeigten Taten sehr hoch ist.

Unter männlichen Schülern wird der Begriff „Schwuler“ immer noch als Schimpfwort verwendet. Der Weg von der verbalen Diffamierung bis zum Ausüben körperlicher Gewalt ist kurz. Die hohe Anzahl der von männlichen, jugendlichen Tätern verübten Gewalttaten belegt dies deutlich.

Hier ist eine umfassende Aufklärungsarbeit gefragt, hier müssen alle gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam Toleranz und Akzeptanz einfordern. Fehlverhalten muss deutlich sanktioniert werden.

Diskriminierung, Intoleranz und Ausgrenzung gehören nicht in eine moderne Demokratie. Homosexuelle müssen sich in der Gesellschaft aufgehoben und vertreten fühlen. Politik, Polizei und Justiz sind gleichermaßen gefragt, wenn es darum geht, für die Opfer eine Atmosphäre von Vertrauen und Schutz zu schaffen. Die hohen Dunkelziffern von nicht angezeigten Taten sind für mich ein deutliches Signal, dass wir dieses Ziel noch nicht erreicht haben. Ich bin sicher, dass die 3. MANEO-Werkstatt positive Ergebnisse für die weitere gemeinsame Aufklärungs- und Gewaltpräventionsarbeit entwickeln wird. Allen Aktiven von MANEO danke ich für ihr Engagement und wünsche Ihnen weiterhin viele Erfolge.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wünsche ich viele neue Eindrücke und einen regen, internationalen Erfahrungsaustausch.

Herzlichst Ihr



Der Polizeipräsident in Berlin



Der Polizeipräsident in Berlin, 12096 Berlin (Postanschrift)

MANEO
 Herr
 Bastian Finke
 Bülowstraße 106
 10783 Berlin

Der Polizeipräsident in Berlin
 Dienstgebäude
 Berlin-Tempelhof
 Platz der Luftbrücke 6
 12101 Berlin

Bearbeiter/in	Telefon (030)	Telefax (030)	Datum	Geschäftszeichen
Herr Löher	46 64 – 97 94 44	46 64 –	21. Januar 2008	LKA PräV 4-23/08

Bei Antwort bitte immer angeben

MANEO-Werkstatt 3 am 16. und 17. Mai 2008

Sehr geehrter Herr Finke,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 09. Januar 2008.

Mit Interesse habe ich das Programm der nunmehr dritten Maneo-Werkstatt im Rahmen Ihrer Toleranzkampagne gelesen.

Dass vorurteilsmotivierte Taten im Leben schwuler Männer immer noch eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, wurde gerade durch die im Rahmen Ihrer Kampagne durchgeführte Onlinebefragung eindrucksvoll festgestellt. Die darin getroffenen Aussagen hinsichtlich des Dunkelfeldes und der Deliktsstruktur bestätigen die bisherigen Einschätzungen, die wir durch die Arbeit der Ansprechpartnerin und des Ansprechpartners der Berliner Polizei für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gewonnen haben. Auch die vielschichtige und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Maneo, der Berliner Polizei und anderen Netzwerkpartnern in den Bereichen Opferschutz und Gewaltprävention erhält dadurch eine nachdrückliche Bestätigung.

Die geplante Maneo-Werkstatt 3 bietet eine gute Möglichkeit, Strategien zur Bekämpfung vorurteilsmotivierter Taten und der Erhellung des Dunkelfeldes weiterzuentwickeln.

Ihre Einladung werde ich an meine Mitarbeiter in den Bereichen Prävention, Opferschutz und Jugendgewalt weiterleiten. Darüber hinaus kommen Frau Kriminalkommissarin von Oertzen Becker und Herr Kriminalhauptkommissar Löher Ihrer Einladung zur Leitung eines Workshops gerne nach.

Ich wünsche Ihnen und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Maneo-Werkstatt 3 eine gelungene Veranstaltung mit guten Ergebnissen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Glietsch



LAND BRANDENBURG

**Polizeipräsidium
Frankfurt (Oder)**
Der Präsident

Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) | Postfach 1465 | 15204 Frankfurt (Oder)

MANEO
Bülowstraße 106
10783 BerlinNuhnenstraße 40
15234 Frankfurt (Oder)Bearb.: Frau Frank
Gesch.Z.: PB
Hausruf: 0335 561-3005
Fax: 0335 561-3009
Internet: praesidiabuero01.ppfo@
polizei.brandenburg.de

Frankfurt (Oder), den 29. April 2008

Sehr geehrter Herr Finke,

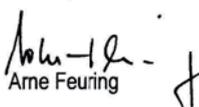
ich bedanke mich für Ihre Einladung zur dritten MANEO-Werkstatt am 16. und 17. Mai 2008.

Mit Interesse las ich Ihre Informationen zum Thema „schwulenfeindliche Gewalt im öffentlichen Raum“ und stimme mit Ihnen darin überein, dass auf dieses Problem immer wieder aufmerksam gemacht und darüber diskutiert werden muss. So wie Sie die Diskussion nach Außen führen und damit über die Grenzen Berlins bekannt sind, so bemühen auch wir uns innerhalb der Polizeibehörde durch die Bestellung und Unterstützung von Beauftragten gegen Diskriminierung und Mobbing von lesbischen und schwulen Polizeibedienstete vorzugehen. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit ihrer Bereitschaft als Ansprechpartner zu fungieren eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen. Gerade erst im Herbst vergangenen Jahres fand das 13. Bundesseminar des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter auf dem Territorium unseres Polizeipräsidiums statt und ich nahm die Gelegenheit wahr, an der Eröffnungsveranstaltung teilzunehmen. Darüber hinaus sind die Opferschutzbeauftragten der Behörde im Rahmen des landesweiten Opfer-schutzkonzeptes damit betraut, die Polizeibeamten im Umgang mit Opfern zu sensibilisieren. Denn oftmals ist es bei einem Erstkontakt mit einem Opfer, das durch die Gewaltstraftat schwer traumatisiert ist, nicht erkennbar, welcher sexuellen Richtung dieses angehört und ob es sich um eine schwulenfeindliche Gewaltstraftat handelt. Mit einer fachgemäßen Einordnung der Motivlage ist jedoch eine erfolgversprechende Verfolgung der Straftat erst möglich.

Um meinen Mitarbeitern, die sich mit dieser Thematik befassen, Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch zu geben, werde ich sehr gern Ihre Einladung weiterleiten und die Teilnahme unterstützen.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Veranstaltung und für die Fortsetzung Ihrer Arbeit viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen


Arne Feuring